

EUROPA

# Schlappe für Von der Leyen: Briten und Belgier wollen ihr kein Geld geben

Die EU-Kommission hat Probleme, Gelder im Kampf gegen Russland aufzutreiben. Dabei kommt es zu harten Bandagen.

Michael Maier

28.11.2025    28.11.2025, 19:53 Uhr



Sie halten noch zusammen: Ursula von der Leyen und Marie-Agnes Strack-Zimmermann.  
dpa

**I**m Kampf gegen Russland hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine empfindliche Niederlage erlitten. Ausgerechnet Großbritannien, die absolute Führungsnation der „Koalition der Willigen“ zu Verteidigung der Ukraine, will nicht in den geplanten Militärfonds (Safe) der Europäischen Union: Die Verhandlungen über den Beitritt Londons zum 150 Milliarden Euro schweren Safe-Fonds der Europäischen Union sind gescheitert, wie Bloomberg meldet.

Nach wochenlangen Verhandlungen beendeten die beiden Parteien das Feilschen um den Fonds „Sicherheitsmaßnahmen für Europa“ (Safe). Safe ermöglicht es Ländern, Fördermittel für die Anschaffung militärischer Ausrüstung zu beantragen. London hatte von der Leyen regelrecht brüskiert: Die EU wollte, dass Großbritannien bis zu 6,75 Milliarden Euro für einen Safe-Beitritt bezahlt. London konterte und sagte, man sei maximal bereit, 82 Millionen Euro zuzüglich einer nicht näher bezifferten Verwaltungsgebühr zu bezahlen. Kabinettsminister Nick Thomas-Symonds sagte in einer Stellungnahme: „Unsere Position war stets klar: Wir werden nur Abkommen unterzeichnen, die im nationalen Interesse liegen und ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis bieten.“

Er fügte hinzu, dass britische Unternehmen weiterhin zu Drittlandbedingungen teilnehmen könnten. Die Verhandlungen seien selbstverständlich in gutem Glauben geführt worden, sagte der Brite. Bloomberg analysiert: „Das Scheitern der Verhandlungen stellt einen Rückschlag in den Beziehungen nach dem Brexit dar, gerade jetzt, wo Europa angesichts der russischen Aggression versucht, sich gemeinsam zu rüsten. Es ist auch ein Schlag für die britische Rüstungsindustrie, die von der Beteiligung Großbritanniens an dem Programm profitiert hätte.“

Auch im Streit um die Verwendung des in Brüssel bei Euroclear eingefrorenen Staatsvermögens gab es für von der Leyen einen Dämpfer: Der belgische Premierminister Bart De Wever verschärfte am Donnerstagabend seine Einwände gegen den Plan der Europäischen Kommission, 140 Milliarden Euro aus dem Vermögen der russischen Zentralbank als Kredite für die Ukraine einzusetzen.

De Wevers Intervention erfolgte in einem „scharf formulierten Brief an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen“, wie Politico berichtet. De Wever griff zu einer grundsätzlichen Argumentation und forderte die EU auf, die Realität anzuerkennen: „Ein überstürztes Vorantreiben des vorgeschlagenen Reparationskreditprogramms hätte als Kollateralschaden zur Folge, dass wir als EU faktisch ein Friedensabkommen verhindern“, schrieb De Wever. Und weiter: „Für den sehr wahrscheinlichen Fall, dass Russland letztendlich nicht offiziell der Verlierer ist, wird es, wie die Geschichte in anderen Fällen gezeigt hat, legitim die Rückgabe seiner Staatsvermögen fordern.“ Der belgische Ministerpräsident bekräftigte, dass das Darlehen Chaos auf den EU-Finanzmärkten auslösen und die EU-Steuerzahler zur Rückzahlung des vollen Betrags herangezogen würden, falls die Vermögenswerte an Russland zurückgegeben werden müssten.

De Wever ist seinerseits unter Druck von Russland geraten: Moskau möchte nun wissen, was mit den Zinserträgen geschehen ist. Eingebrockt haben Belgien die Misere laut Politico „europäische Diplomaten“. Ob darunter auch Leute aus dem Umfeld von der Leyens sind, ist unklar. Es ist denkbar und zeigt, mit welch harten Bandagen mittlerweile gekämpft wird. Die Informanten haben Politico gesteckt, dass „mehrere EU-Mitgliedstaaten Belgien dafür kritisieren, nicht vollständig offenzulegen, was mit den Zinsen aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten geschieht“. Die EU-„Staaten“ planten, „von belgischen Beamten Aufklärung darüber zu fordern, ob Belgien – wie andere Staaten – eigene Steuereinnahmen zur Finanzierung der Ukraine verwendet oder ob diese Unterstützung aus Einnahmen aus russischen Vermögenswerten stammt“. Das russische Außenministerium reagierte laut der staatlichen russischen Nachrichtenagentur Tass prompt: Berichte, wonach Belgien „möglicherweise Einnahmen aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten veruntreut“, bedürfen weiterer Analysen, erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa. „Wir haben wiederholt erklärt, dass es sich hierbei nicht um eingefrorene Vermögenswerte handelt. Es handelt sich um Diebstahl durch diese Länder, und so sollte er auch bezeichnet werden. Was diese Berichte über Belgien betrifft, so müssen sie geprüft

und analysiert werden“, sagte Sacharowa.

Dieser Artikel wurde auf [berliner-zeitung.de](http://berliner-zeitung.de) veröffentlicht.